Ein Blick hinter die Mauer im Heiligen Land

Wie Palästinenser und Israelis ihr Leben miteinander meistern – Eine Momentaufnahme

Von Gerald Schneider

Grau – acht Meter hoch, mit Stacheldraht bewehrt und mit Wachtürmen gesichert: Die große Mauer teilt das Heilige Land. Sicherheitssperre nennen es die Israelis, eine Schande ist die Sperranlage für die Araber im Westjordanland. Um sich vor Selbstmordattentätern und Angriffen zu schützen, treibt Israel den Bau von Sperrzaun und Mauer weiter voran. „Sicherheit“ ist ein alles beherrschender Faktor im Leben der Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan, zwischen Golan und Rotem Meer.

Während Ausländer kaum Schwierigkeiten haben, sich im Staat Israel sowie im Westjordanland frei zu bewegen (bestenfalls nach einem flüchtigen Blick in den Pass an einem Checkpoint), bleibt diese Freiheit beiden Bevölkerungsgruppen weitgehend verwehrt. Die Menschen hätten untereinander kein Problem, heißt es immer wieder und dennoch herrscht auch 60 Jahre nach der Gründung Israels kein Frieden in der Region, in welcher seit Jahrhunderten Menschen vieler Religionen und Völker um Frieden beten.

Israelische Checkpoints regeln auch das Leben der Menschen innerhalb der palästinensischen Gebiete – auch diese sollen für Sicherheit sorgen – insbesondere für die zahlreichen jüdischen Siedlungen. Viele von diesen Siedlungen bestehen lediglich aus einer Handvoll Häusern. Doch vor den Mauern Jerusalems haben sich die Schlafstätten für Tausende Menschen weit in das Westjordanland hineingefressen.

Mehrere Hunderttausend Siedler leben in den besetzten Gebieten. Einige von ihnen tun dies aus religiösen oder ideologischen Gründen. Dafür nehmen sie in Kauf, in ihren Siedlungen praktisch eingesperrt zu sein. Andere ziehen aus rein wirtschaftlichen Gründen in eine Siedlung, insbesondere in der Nähe von Jerusalem. Häuser kosten hier im Vergleich zur Hauptstadt nur etwa ein Drittel und in 15 Minuten ist die Arbeitsstätte in Israel mit dem Auto erreicht. In der Siedlung Ma’ale Adummin beispielsweise leben Zehntausende Juden innerhalb der besetzten Palästinensergebiete.

Jerusalem (Bild oben), die heilige Stadt von Christen, Juden und Moslems, ist für Religionen wie Völker in erster Linie ein Symbol. Die etwa acht Meter hohe Mauer (links unten) trennt hier in Bethlehem Palästinenser und Israelis. Indes ist der Frieden zwischen den Volksgruppen brüchig (Mitte rechts). Behtlehems Bürgermeister Victor Batarseh (rechts unten) fordert eine ehrliche Friedenslösung. (Fotos: Gerald Schneider)

Hindernisse zum Frieden

Aus Sicht der Palästinenser sind die Siedlungen, und vor allem die Sperranlage – die auf vielen Kilometern weit in das palästinensische Territorium hineinragt – die wesentlichen Hindernisse für eine Friedenslösung.

„Die Mauer hat nichts mit Sicherheit zu tun“, sagt daher auch der Bürgermeister von Bethlehem, Victor Batarseh, durch dessen Stadt die Mauer verläuft. „Würde es den Israelis um die Sicherheit des eigenen Landes gehen, so hätten sie die Mauer direkt auf der Grenzlinie gebaut“, meint das Oberhaupt der Geburtsstadt Jesu. Doch die „Grüne Linie“, welche die Grenze nach dem Sechstagekrieg von 1967 markiert und allen jüngeren Friedensverhandlungen als Grundlage dient, ist in weiten Teilen zu Ungunsten der Palästinenser verschoben worden.

„Frieden ist der einzige Weg für Sicherheit“, betont der Christ und pensionierte Arzt Batarseh, doch Israel wolle keinen Frieden und schaffe stets neue Fakten. Siedlungen wie die Mauer dienten einzig und alleine dem Zweck, weiteres Land dem israelischen Staat einzuverleiben. Israel rede nur vom Frieden, lasse den vollmundigen Ankündigungen aber keine Taten folgen. Auch den Verweis auf palästinensische Selbstmordattentate, gegen die sich Israel schützen wolle, lässt er nicht gelten. „Diese Menschen haben keine Hoffnung mehr. Dennoch ist es falsch was sie tun. Israel begeht Staatsterror gegen die Palästinenser“, sagt er und weist darauf hin, dass die Lage nun schon lange ruhig geblieben sei. Die Weltgemeinschaft fordert Batarseh indes auf, Israel notfalls auch mit Sanktionen zur Annahme der diversen UN-Resolutionen zu zwingen. Die Palästinenser seien zum Frieden bereit, sofern ihr zukünftiger Staat Israel auf Augenhöhe gegenübertreten könne.

Die Auswirkungen von Sperranlagen und Checkpoints verspürt auch das Caritas Baby-Hospital in Bethlehem. Nur wenige Meter von der Mauer entfernt gelegen ist das Haus die modernste Einrichtung mit europäischem Standard für Geburtshilfe und die medizinische Versorgung von Kleinkindern. Zum Einzugsgebiet des Krankenhauses gehörten die gesamten Palästinensergebiete. Doch seit der 2. Intifada habe sich die Zahl der Patienten, die das Krankenhaus erreichen könnten, deutlich verringert, erklärt Erwin Schlacher. Der Österreicher ist seit rund zehn Jahren in der Verwaltung der Klinik tätig. „Der gesamte Gazastreifen und Teile der Westbank sind abgeschnitten. Die 600 Checkpoints grenzen die Bewegungsfreiheit der Menschen zusätzlich ein“, sagt er. Das Krankenhaus könne allerdings nur Hilfe leisten, wenn die Menschen auch dorthin gelangen könnten.

Doch der Bau der Sperranlage geht derweil ohne Unterlass weiter. In Ostjerusalem schieben Bulldozer Erdhaufen vor sich her und schaffen damit das Fundament für einen weiteren Abschnitt der Mauer – hier trennt sie nicht Araber von Israelis, sondern Palästinenser von Palästinensern. Nicht weit von der Baustelle entfernt liegt der Schutt von Häusern, die für die Bauarbeiten weichen mussten. Zuschauer sind hier unerwünscht; schon nach wenigen Minuten kommen Polizeijeeps angebraust und vertreiben die Beobachter dieser Baumaßnahme. Meir Margalit bringt dennoch immer wieder Besucher auch in diesen Teil Ostjerusalems. Der Jude und israelische Staatsbürger Margalit engagiert sich im israelischen Komitee gegen Häuserzerstörung.

Jerusalem – Das Symbol

„Jerusalem ist nicht nur Stadt, sondern Symbol“, erklärt er, und das mache die Situation noch komplexer. „Alles hier ist überfrachtet, doch Jerusalem soll zu einer Stadt werden, in der die Menschen gerne leben, anstatt ein mystisches Symbol zu bleiben.“ Daher kritisiert Margalit die Politik seines Staates, dem er vorwirft, die Araber zu Bürgern zweiter Klasse gemacht zu haben. Seiner Ansicht nach ist es erklärtes Ziel Israels, den arabischen Bevölkerungsanteil so weit zu reduzieren wie möglich. In Jerusalem machen Araber ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Doch aufgrund der demografischen Entwicklung könnten die Araber in den kommenden Jahrzehnten zur stärksten Bevölkerungsgruppe werden. „Die schlimmste Vorstellung für Israel ist es, dass einmal ein Araber Bürgermeister von Jerusalem sein könnte“, sagt Margalit. Daher setze Israel auf diverse Mittel zur „Vertreibung“ der Palästinenser und eines sei eben die Reglementierung des Hausbaus.

Laut eines gültigen Bebauungsplans darf Ostjerusalem nicht weiter bebaut werden und trotz wachsender Bevölkerung erteilten die Behörden keine Genehmigungen. „Dahinter steckt eine Logik“, betont Margalit. „Je weniger Häuser, umso weniger Palästinenser. Doch diese Rechnung geht nicht auf, denn die Araber lassen sich nicht so einfach vertreiben.“ Und so würden pro Jahr rund 1000 Häuser „illegal“ gebaut. Für solche Bauten stellt die Stadtverwaltung dann Abrissanordnungen aus, die auch an die Tür betroffener Häuser geheftet werden. Damit gelte die Anordnung als zugestellt. „Der Abriss kann dann nach 24 Stunden oder 24 Jahren folgen“, sagt Margalit. Doch aufgehoben würde so eine Anordnung nie. Jedes Jahr würden so etwa 100 Häuser zerstört. Das Komitee versucht, diese Abrisse zu stoppen, durch Klagen vor israelischen Gerichten, internationale Netzwerkarbeit, durch die Behinderung der Abrissarbeiten sowie den Wiederaufbau zerstörter Häuser.

Versöhnung nach Angriff

Doch gibt es auch versöhnliche Zeichen, trotz Beton, Stahl und Stacheldraht, die das Leben der Menschen im Heiligen Land mitbestimmen. Ein Beispiel hierfür ist die tragische Geschichte von George Sa’adeh, dem zweiten Bürgermeister von Bethlehem. Am 25. März 2003 fuhr er mit seinen beiden Töchtern und seiner Ehefrau zum Einkaufen, als Mitglieder einer israelischen Spezialeinheit das Feuer auf seinen Wagen eröffneten. Eine Tochter starb, die anderen Familienmitglieder trugen Verletzungen davon. Kurz darauf fand Sa’adeh heraus, dass es die Soldaten auf einen anderen, gesuchten Palästinenser abgesehen hatten, der in einem gleichen Automodell unmittelbar hinter ihm gefahren war. „Eigentlich sollte auch die Armee einen Gesuchten festnehmen und vor Gericht stellen, anstatt ihn auf offener Straße zu liquidieren“ sagte Sa’adeh. Kurz nach dem Vorfall bekam er einen Anruf von einer israelischen Initiative von Eltern, deren Kinder durch palästinensischen Terror ums Leben gekommen sind. Seither ist er in dieser Initiative aktiv und will so seinen Beitrag zur Versöhnung leisten.

Schikane verhindern

Noch bedarf das funktionierende Zusammenleben im Heiligen Land fremder Hilfe. Immer wieder werden Ereignisse bekannt, von schikanösen Abfertigungen an den Übergängen zwischen Westbank und dem Staat Israel, an denen junge Soldaten, kaum einer von ihnen über 20 Jahre, Dienst tun. Brigitta Böckmann war deshalb im Zuge des Ökumenischen Begleitdienstes für Palästina und Israel, den der ökumenische Rat ins Leben gerufen hat, bereits mehrfach als Freiwillige aktiv. „Bei den Orten Jayyous und Tulkarim beobachten wir, ob die Landwirtschaftstore den Vereinbarungen entsprechend geöffnet werden. Denn nur so können die palästinensischen Bauern ihre Felder bestellen und Kinder rechtzeitig ihre Schulen erreichen“, erklärt die Niedersächsin. Gegebenenfalls setzen sich die Freiwilligen mit den zuständigen Behörden in Verbindung. An den großen Checkpoints, wie in Bethlehem, wachen Böckmann und ihre Mitstreiter darüber, dass die Abfertigung der 2 000 bis 3 000 Arbeiter, die dort allmorgendlich anstehen, korrekt und zügig vonstatten geht. „Häufig werden die Menschen dort von ständig neuen Regeln überrascht oder es bleiben mehrere Schalter geschlossen, obwohl die Schlange der Wartenden lang ist, die ungeduldig werden, da sie zu spät zu ihrer Arbeitsstätte kommen. „Ein Gespräch mit den Soldaten oder deren Vorgesetzten kann dann oft schon helfen, erzählt sie. „Es gibt aber auch zahlreiche Soldaten, die sich bemühen, ihre Aufgabe korrekt zu erfüllen und viele von ihnen wären lieber woanders. Denn auch sie stehen unter ständigem Überwachungsdruck“, sagt Böckmann.

Natürlich sei es nicht einfach, wenn palästinensische Professoren oder Ärzte auf die Anordnungen von 18 Jahre alten Soldaten hören müssen. Grobe Verfehlungen, abseits von kleineren Schikanen, seien eher selten und würden auch geahndet. Doch, so gibt Böckmann zu bedenken, sorge oftmals auch die Gegenwart internationaler Beobachter dafür, dass Verfehlungen von vorne herein unterblieben. „Wenn der Druck der Besatzung weg wäre, würde sich sicher vieles entspannen“, sagt Böckmann.

Und etwas Entspannung täte dem Heiligen Land wahrlich gut.